

rend, Ihre Gesichter zu beobachten. Man merkte es, daß Sie nicht bloß zuhören, sondern zum Teil sind die Wahrnehmungen, die geäußert worden sind, auf Ihren Gesichtern gewesen. Auch wenn so einzelne Vokabeln wiedergekommen sind, war es prachtvoll, in Ihre Gesichter sehen zu können. Wollte ich Ihnen bloß mal so sagen. Ansonsten liegen wir für unsere Verhältnisse gut im Rennen. Da wir außerdem Professor Faulenbach als Moderator für das letzte Drittel haben, bin ich guten Mutes, daß wir, obwohl wir 20 Minuten später in unsere nächste Runde reingehen, dennoch unser Klassenziel erreichen werden. Also meine Hoffnung ist, 16.10 Uhr hier pünktlich wieder zu beginnen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren. Wir kommen zum Schlußteil unserer heutigen Anhörung. Wir haben uns in den vergangenen Stunden mit der Vergangenheit auseinandergesetzt. Wir müssen nun die Gegenwart stärker in den Blick nehmen. Wir wollen vor allem versuchen, im Hinblick auf die „Therapie“ einige Vorstellungen zu entwickeln. Bevor wir aber zu Vorschlägen für die „Therapie“ kommen, müssen wir noch einmal versuchen, einiges an empirischem Material in die Diskussion einzuführen.

Ich darf Ihnen deshalb die beiden Referenten vorstellen, die jetzt zunächst ein knappes Referat halten werden. Da ist einmal Professor Dr. Hans-Dieter Klingemann. Er ist Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und Direktor am Wissenschaftszentrum in Berlin für Sozialforschung. Er hat zahlreiche Publikationen veröffentlicht, forscht gegenwärtig auf dem Gebiet des Wandels und der Konsolidierung demokratischer Systeme und führt vor allem eine breit angelegte Studie über Werte und Wertewandel in Mittel- und Osteuropa durch. Zum anderen wird referieren Herr Professor Dr. Richard Münchmeier. Er ist Professor für Sozialpädagogik an der Freien Universität Berlin. Er ist jüngst in der Öffentlichkeit besonders hervorgetreten als Leiter der 12. Shell-Jugendstudie „Zukunftsperspektiven – gesellschaftliches Engagement – politische Orientierungen“. Ich darf Sie bitten, in der hier nötigen Knappheit Ihre Ergebnisse über die Befindlichkeiten und politischen Orientierungen im heutigen Deutschland vorzutragen. Ich weiß, daß die Kürze der Zeit eine Zumutung ist, ich muß Sie trotzdem bitten, sich an den Zeitrahmen zu halten. Bitte sehr, zunächst Herr Professor Dr. Klingemann.

Prof. Dr. Hans-Dieter Klingemann: Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe mich über die Einladung gefreut, zumal die Breite des Themas, das mir gestellt wurde, „politische Orientierung“, einen Interpretationsspielraum läßt, der sozusagen mir auch gestattet, mich über etwas zu äußern, das mir gegenwärtig in meinen Forschungen tatsächlich am Herzen liegt. Und die fünfzehn Minuten verbieten ohnehin, daß Ihnen hier sozusagen ein Überblicksartikel abgeliefert wird. Zum zweiten will ich versuchen, Sie so wenig wie möglich mit Zahlen und abstützenden zusätzlichen Entschuldigungen, daß das eine oder das andere ja auch nicht zutreffen möge, zu behelligen. Ich werde die Gelegenheit nutzen, um etwas zuzuspitzen, um Ihnen in der Diskussion, wenn Sie dazu Fragen haben, dann auch im Detail zu antworten.

Vorhin hat es hier geheißsen, die Grundmuster bleiben lebendig. Dies ist in einem weiteren Sinne auch die Frage, die ich hier stellen möchte. Ich möchte fragen, warum die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, im Mai 1997 – das ist die Umfrage, auf die ich mich stützen werde – einen historischen Tiefpunkt erreicht hat. Nur knapp die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland, genau 49 %, kam hier zu einem positiven Urteil. Vor sechs Jahren, kurz nach der Wiedervereinigung, waren noch mehr als zwei Drittel mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden. In der alten Bundesrepublik lag dieser Anteil immer knapp an der 80 %-Grenze. Die Bürger, die in den neuen Bundesländern leben, und die Bürger, die in den alten Bundesländern leben, schätzen die Situation deutlich unterschiedlich ein. Während in den alten Bundesländern die Bürger noch zu etwas mehr als der Hälfte, nämlich 53 %, glauben, daß die Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, sehr gut oder zufriedenstellend ist, sind es in den neuen Bundesländern nur etwas knapp mehr als ein Drittel, 35 %, die dieses meinen. Das heißt umgekehrt, daß etwa zwei Drittel der Bürger und Bürgerinnen in den neuen Bundesländern mit der Art und Weise, wie unsere Demokratie funktioniert, nicht zufrieden sind. Ich meine, dieser Befund ist bedeutsam, weil er darauf schließen läßt, daß die Bürger die demokratischen Institutionen in unserem Lande, wenn das so weitergeht, nicht mehr in der gleichen Weise unterstützen werden, wie das früher als selbstverständlich vorausgesetzt wurde. Woran liegt das? Welche Folgen hat das?

Es gibt eine Reihe von Erklärungsversuchen, warum die Bürger in den neuen Bundesländern die Demokratie und das Funktionieren der Demokratie schlechter einschätzen als die in Westdeutschland. Es wird zumeist damit erklärt, daß sie sozusagen den demokratischen Sozialismus auch internalisiert haben, das heißt, daß sie von einem Grundmuster der Beurteilung ausgehen, das eben in der DDR so realisiert wurde. So lauten die prägnanten Formulierungen: „Vereint und doch verschieden“, oder „Spaltung der Deutschen“, oder es ist die Rede von den zwei politischen Gemeinschaften in Deutschland, hier auf ein kulturelles Interpretationsmuster gestützt. Ich werde dazu kurz noch etwas erklären. Es spricht einiges dafür, daß sich die Wertmuster der Bürger in den alten und in den neuen Bundesländern unterscheiden. Zum Beispiel, wenn man danach fragt, welches Gewicht denn Freiheit oder Gleichheit haben soll, dann sind die Bürger in den neuen Bundesländern sehr viel stärker der Meinung, daß Gleichheit und nicht Freiheit an erster Stelle zu stehen habe. Und wenn Sie etwa fragen, und das ist ja durch die „Frankfurter Allgemeine“ und unsere Kollegin Noelle-Neumann in die öffentliche Meinung eingedrungen, ob der Sozialismus eine gute Idee war, die nur schlecht ausgeführt wurde, dann finden Sie auch, daß in den neuen Bundesländern mehr als drei Viertel der Bevölkerung dieser Meinung sind, aber es sind auch in der alten Bundesrepublik über 60 %, die das meinen. Also, es spricht durchaus etwas dafür, daß die Bürger in den neuen Bundesländern sich in ihrem Demokratie-Verständnis von denen in den alten Bundesländern unterscheiden.